

Erkennung d. Berlins: viertel. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; Berlin d. Erped. Finsterstr. 81. Inserate: die Zeitungs 2 1/2

Inhalt.

Deutschland. Berlin: Der Sundbottentrag; die allerböher Kon- fession; der evangelische Oberkirchenrat; am Abgeordnetenhaus. Wiesbaden: Verlegung der Ständeverammlung. Frankreich. Paris: Die Börse; Tagesbericht. Großbritannien. London: Parlamentarische Verhandlungen; der engli- schische Vertrag; der Bevollmächtigte für Belgien; Wahlberichte. Berliner Nachrichten.

Deutschland.

\* Berlin, 16. März. Laut telegraphischer Nachrichten (s. unten) ist der Sundbottentrag von den befehligen Mächten am 14. d. in Kopenhagen unterzeichnet worden. Auch der in Altona erscheinende: „Nordische Courter und Altonaer Nachrichten“ bringt an der Spitze seines Blattes vom 15. d. folgende telegraphische Depesche:

Kopenhagen, 14. März. Heute Abend 9 Uhr wer- den die Vereen Gesandten zusammengetreten, um den General-Traktat in Betreff des Sundzolles zu unterzeichnen.

Auch der Ministerpräsident Hr. v. Mantouff machte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Mitteilung von der Unterzeichnung des Sundbottentrag, mit dem Hinzufügen, das betreffende Vorlagen dem Hause baldigst zugehen zu lassen.

In einem aus Kopenhagen vom 11. d. datirten Schreiben im „Nieder Correspondenzblatt“ heißt es, zur Entgegnung auf einen Artikel der „Hand. Nachr.“ in Betreff der Richtigkeit, die aus dem Fortschreiten des Eisbergs, früher schledwig-holsteinischen Kanalverlauf nach Anhebung des Sundzolles ent- stehen würden. Man hat in dem jetzt ausfertigenen Traktat wegen Abhebung des Sundzolles die Wasser- und Landverbindung zwischen Ost- und Westküste der dänischen Halbinsel völlig an- gefestigt gestellt. Die Erörterung, welche gewisse in oder umständliche Baaren auf einigen Routen dieser Verbindung ge- sehen, wird für dieselben Baaren auf alle bisherigen und künftigen Verbindungswege zwischen beiden Küsten ausgeführt.

Die „Fr. Corr.“ bemerkt: „Die Verhandlungen über den von der Preussischen Regierung der Konferenz in Nürnberg vorgeschlagenen Entwurf eines Handelsgesetzes für die Preussischen Staaten, dessen Druck bis auf die Motive zu den vier letzten Bänden nunmehr vollendet ist, befaßten sich in ununterbrochenem Fortgange, und es unterliegen dabei die man- nigfachen und verwickelten Interessen der einzelnen deutschen Staaten einer sorgfältigen und einsehenden Erörterung. Lieber die Einzelheiten der Beratung kann jedoch zur Zeit noch nicht mitgeteilt werden, da die Bevollmächtigten im Interesse der Sache übereingekommen sind, vor der Veröffentlichung der Resultate im Scherz der Besammlung selbst nicht in .. Versämlich- keit gelangen zu lassen. In derselben Art ist auch bei der Leipziger Beschl., so wie neuerdings bei der Wiener März- Konferenz verfahren worden. Alle Nachrichten, welche über die materiellen Resultate und den Inhalt der Verhandlungen sich verbreiten, müssen daher als ungenau und unzuverlässig be- achtet werden.“

Man schreibt der „Düssel. Zig.“ von hier: Nach länger- en Beratungen über die Verhältnisse zwischen dem Königl. Ministerium der geistlichen Angelegenheiten und dem evangelischen Oberkirchenrathe hat diese Verhältnisse nunmehr geregelt und wird die Vollziehung der betreffenden Kabinettsordre wahrscheinlich in diesen Tagen stattfinden. Die Beschlüsse des Oberkirchenrathe werden dadurch dem Vernehmen nach eine noch weitere Ausdehnung erhalten und auch auf ad- ministrative Partien des evangelischen Kirchenwesens sich erstrecken.

Die vereinte Finanz- und Gewerbe-Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich am Sonnabend mit dem Gesetzentwurf über die Erhebung der Zinsgarantie für die noch ausstehenden Prioritäts-Obligationen des zu be- schaffenden Theiles vom Anlage-Kapital der Breslau-Posen- Wogauer Eisenbahn von 34 auf 44 Prozent. Da dem Staate durch die Erhebung dieser Zins-Garantie noch dem Verträge, welchen die Staats-Regierung mit der Oberschlesischen Eisenbahn am 20. Januar v. J. abgeschlossen hat, keine Mehr- Ausgaben entstehen, sondern nur Kapital-Ersparungen eintreten, die 3 1/2 pCt. Obligationen nach dem jetzigen Zinsfuß höchstens zu 70 Prozent unterzubringen sind und andererseits durch die Er- höhung die Amortisation 8 Jahre früher beendet wird, und dies in je fern dem Staate zu Gute kommt, als er früher in den Besitz der Bahn gelangt, so trat die Kommission einstimmig dem Gesetzentwurf bei. Demnach ist die Finanz- und Justiz-Kommission über den Gesetzentwurf wegen ex- zessiver Betreibung der direkten und indirekten Steuern und anderer öffentlichen Abgaben und Gehälte x. in Neu Vorpommern und Rügen, zusammen. Die allge- meine Diskussion über das Verhältniß stellt sehr verschiedene Ansichten heraus. Inzwischen wurde dasselbe schließlich bejaht und dann zur speziellen Beratung geschickt.

Wiesbaden, 14. März. Der Orzog hat durch Ver- ordnung vom 11. d. beschlossen, die Sitzungen der Stände- versammlung des Jahres 1856, deren Verhandlungen unterm 10. August v. J. auf unbestimmte Zeit unterbrochen worden sind, für geschlossen zu erklären und die Ständeverammlung für das Jahr 1857 auf Donnerstag den 26. März d. J. ein- zuberufen.

Frankreich.

Paris, 14. März. Der „Moniteur“ verhandelt heute endlich die Übung der Börsensteuerfrage. In Betreff des Steuerjahres findet sich keine vorgesezte Angabe beifügt. Die Verformel hat die Nachricht günstig aufgenommen, weil die neue Steuer einerseits dem Börsengeschäfte in seiner Weise neue Chancen bereitet, wie dies eine Beiläufigkeit bestärkt wurde, und weil ferner die Steuererhebung denn doch weit entfernt von der ebenfalls in Vorschlag gebrachten Dividendensteuer ist. Lieber die ausländischen Wertpapiere ist noch nicht bestimmtes festgesetzt; sie bleiben also vorläufig noch von der Steuer be- freit. — Noch immer ist keine neue Sitzung in der Schweiz- Angelegenheit anberaumt und es gewinnt immer mehr den An- schein, daß die Verhandlungen sich in die Länge ziehen wer- den; daß die Konferenz die in der ersten Sitzung angenommenen Grundlinien aufgeben werde, ist in keinem Falle anzunehmen. Die französischen Kapitalisten sind im höchsten Grade aufge- bracht über die Art und Weise, wie das Willkürliche Bank- unternehmen in Konstantinopel zu Stande gekommen ist. Diefes aus Konstantinopel mehren, daß die nicht englischen Kapitalisten sich nicht zu beruhigen gedulden, sondern ihre Gesandten Vernehmung bei der Pforte einlegen wollen. Sie beunruhigen darauf, daß die Konvention aus Herrn Willkür unter Beizung-

gen ertheilt worden ist, die völlig verschieden von denselben waren, welche bei Gelegenheit der allgemeinen Submissions von der Pforte aufgestellt wurden; demgemäß wollen die Pflüger ver- langen, daß die früheren Bemerkungen von Herrn eingeschlagen werden, auf Grund der jetzigen Bedingungen ihre Angebote einzu- reichen. Es fragt sich inwiefern sehr, ob diese Reklamationen von Erfolg sein werden. Zuletzt ist die Pforte doch in ihren Finanz- operationen nicht gebunden und hinter Herrn Willkür sieht überdies Lord Redcliffe, welcher entschlossen scheint, nicht englische Kapitalien von der Pforte anzuschließen, die türkische Einflistung befördern zu dürfen. — Man spricht heute von der Ankunft des Generals Belmonte, mexikanischen Gesandten in London. Die Reise des Generals soll sich auf den spanisch-mexikanischen Konflikt beziehen, in welchem Frankreich abermals berufen sein würde, als Vermittler aufzutreten. So viel man hört, mißbilligt das französische Kabinet die große Dosis, mit welcher der spanische Gesandte in Verfolg der diplomatischen Verbindungen mit der dortigen Regierung abgebrochen hat, ohne abzumachen, welche Maßregeln der Präsident Commontent ergreifen werde, die Schuldtzettel zu befragen. Die Spanier leben immer noch in der Hoffnung, als seien sie in Mittel- und Süd-America noch eine Macht, mit der man zu zählen habe, und namentlich seit den letzten beiden Staatsstreifen in den Perren in Madrid der Ramm etwas gewachsen. Sie vergessen, daß Mexicos Nachbar das Sternbarrier ist, welches ein Kapitalmittel gegen etwaige spanische Pronunciamentos besitzt.

Paris, 14. März. Die halboffizielle „Revue con- temporaine“ erörtert in einer Rundschau die schwedischen Fragen der auswärtigen Politik. Derselbe erhält große Lob- sprüche für die neue Wendung seiner Politik in Italien. Doch heißt es weiter: „Europa hat Mühe gehabt, diese große und heile Politik mit der Stellung in Einklang zu bringen, welche Oesterreich plötzlich Sardinien gegenüber angenommen hat. Man erwartet vielmehr eine Annäherung zwischen beiden Staaten, man mühte, daß Frankreich in diesem Sinne die ungenügenden Anstrengungen mache, und grade in dem Augenblick, wo man am meisten auf den Erfolg dieser Schritte rechnete, kommt die Note des Grafen Fiel d'Amiens. Alle Welt freut heute die sehr ge- schickte Antwort des Grafen Cavot. Soll man die Note Oesterreich als den Entschluß ansehen, Sardinien anzugreifen, als eine eile Demonstration gegen einen schwächeren Staat, als das Anzeichen eines vollständigen Bruches? Wir glauben es nicht; wir sehen darin nur die Wirkung einer augenblicklichen Gereiztheit, die Folge eines Mißverständnisses, und würden es tief bedauern, wenn dieser Feind andere Folgen hätte.“ — In Beziehung auf Lord Palmerston meißelt die „Revue“ nicht an seinem Siege in den nächsten Wochen, und sagt weiter: „Wir werden die Ergebnisse nicht abwarten, um unsere Sym- pathien für das politische Schicksal eines Mannes an den Tag zu legen, dessen Name ewig an das Andenken der englisch-französischen Allianz geknüpft bleiben wird.“ Was die ägyptische Angelegenheit betrifft, so erachtet es das halboffizielle Organ an der Zeit, daß genügende Sechtheit- stücke aus Indien und England den Admiral Schewer in die Möglichkeit verleiht, die Oesterreich zu greifen oder ebenfall- s zu unterhandeln. Welches auch die in China begangenen Fehler sein mögen, durch welche die englischen Agenten und ihre Staats- angehörigen in eine so schwierige Lage verlegt wurden, so könne es Angehöriger der sie betreffenden Gefahren nur ein Gefühl geben: jene Art von Solidarität der westlichen Regierungen, in Allem, was Civilisation, Religion und Handel ernstlich gefährdet. — In Beziehung auf die Neuenburger Konferenz, heißt es: „Die Abwesenheit des preussischen Bevollmächtigten bei der ersten Sitzung erklärt sich ganz natürlich aus der Thatsache, daß die Konferenz; als Grundlage und Ausgangspunkt der Un- terhandlungen die vollständige Verzichtleistung des Königs von Preußen auf seine Rechte in Neuenburg nehmen muß; so war es ganz einfaß, daß der preussische Bevollmächtigte hiermit nicht zugehen war. Aus leicht begrifflicher Schicklichkeit wurde auch der Schweizerische Gesandte nicht zugelassen; er wird berufen werden, sobald es sich um Regulierung der Einzelheiten der Frage handelt. Was den Erfolg der Unterhandlungen betrifft, so können wir fast mit Sicherheit sagen, daß er dem allgemeinen Interesse entsprechend sein wird.“ — Inzwischen hat dem Vernehmen nach Graf Bagelb noch immer nicht seine Instruktionen von Berlin erhalten, und schon aus dieser Abzögerung scheint sich zu ergeben, daß Preußen Anstand nimmt, die von der Konferenz vorgeschlagene Grundlage einfaß anzunehmen. Herr Piaget, dem beinahe Herr Dumbrer vorausgerückt war, soll nun ebenfalls aus Neuenburg hier eingetroffen sein.

Das „Voss“ bringt folgende offizielle Bezeichnung: „Man hat von einer zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Konvention bezüglich des Zusammenwirkens beider Mächte in der ägyptischen Angelegenheit gesprochen und hinzugefügt, Frankreich habe sich verpflichtet, ein Expeditionskorps von 20,000 Mann gegen China zu stellen. Beide Aussagen sind ungenau. Zwischen den genannten Regierungen ist keine eigen- liche Konvention geschlossen worden; es hat nur ein Austausch von Noten stattgefunden, welcher genügen muß. Was die sehr übertriebene Forderung des Expeditionskorps betrifft, so reduziert sich Alles auf die schon bekannte Sendung der Putschisten und Wanchschaffen unter den Befehlen des Central-Admirals Regnaud de Genoulle.“ — Herr Khan hätte vorgesezt eine lange Unterredung mit dem Vertreter der Vereinigten Staaten. Man glaubt, es handle sich um den Abschluß eines Handelsvertrages. Es heißt jetzt, der persische Gesandte werde sich erst nach erfolgtem Austausch der Vertrags-Konkulationen nach London begeben. — Herr Danilo ist heute vom Kaiser empfangen worden, man erzählt nicht be- stimmt, ob unter Vermittelung Dschamil Beye, worin die An- erkennung seiner Abhängigkeit von der Pforte liegen würde. — Nach einer in hiesigen Blättern veröffentlichten Korrespondenz aus Petersburg würde der Kaiser Alexander das früher ent- schiedene in Abrede gestellte Projekt, nach Italien zu gehen und bei dieser Gelegenheit nach Paris zu besuchen, schließlich dennoch verworfen. — Herr von, spanischer Gesandter am römischen Hofe, ist in Paris angekommen und wird sofort nach seiner Vorstellung bei dem Kaiser durch den Marschal Serrano von hier nach seinem Bestimmungsort abgehen.

Der „Moniteur“ berichtet unterm gestrigen Datum: „Der Staatsrath hat heute in den Tuilleries seine dritte Sitzung unter dem Vorhänge des Kaisers gehalten. Er ist beschlos- sen worden, daß der Gesetzentwurf bezüglich der Aktien und Obligationen der Gesellschaften die nachstehenden Grundlinien erhalten soll: Die im Gesetze vom 5. Juni 1850 für den Stempel und den Umlauf dieser Wertpapiere festgesetzte Steuer soll von 5 auf 15 Centimen für 100 Francs des wöchentlichen, alle drei Jahre nach dem mili- täreren Cours festgestellten Kapitals erhöht werden. Diese Steuer soll jährlich und obligatorisch sein und in der jetzigen Weise der Erhebung, wie sie durch das Gesetz von 1850 be-

stimmt worden ist, nicht geändert werden. Ein Reglement der öffentlichen Verwaltung wird bestimmen, in welcher Weise diese Steuer auf die in Frankreich negociirten ausländischen Wert- papiere angewandt werden soll.“ — Man erzählt über die be- treffende Sitzung des Staatsraths noch, daß eine Minorität von zehn Stimmen sich gegen das Gesetz aus in seiner gegenwärtigen Form erklärte. Zu ihr gehörte Michel Che- valier, der das Projekt lebhaft bekämpfte und als den Aus- gangspunkt für ein System bezeichnete, dessen Entwicklung sehr verhängnisvoll werden dürfte. Herr v. Parieu erklärte sich schließlich für das Gesetz, wie es jetzt vorliegt. Auch der Kaiser sprach einige Worte, die den Entschluß machten, als sei er nicht grade übermäßig für das neue Projekt begeistert; aber für den Augenblick wisse man nichts Besseres. Da sämtliche französische Wertpapiere auf 14 Milliarden geschätzt werden, so wird die Steuer von 15 Centimen auf je 100 Francs etwa eine Summe von 21 Millionen einbringen. — Der Finanzmini- ster hat dem Staatsrath einen Gesetzentwurf zur Finanzierung des Postperts für die Verbindungen von 2 auf 1 Proz. vorgelegt. — Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit allgemein das Gerücht verbreitet war, die Regierung beabsichtige, das Kapital der Bank zu vermehren; es ist jetzt Alles wieder still geworden, und es scheint, daß dieser Plan ganz aufgegeben ist, denn Blätter wie der „Constitutionnel“, welche früher lang und heftig die Nothwendigkeit jener Maßregel nachzuweisen suchten, sehen heute vielmehr auseinander, daß sie zu nichts genügt haben würde.

Der Senat hat heute den Gesetzentwurf bezüglich der De- notation des Herzogs von Malakoff genehmigt. — Die Kommissi- on des gesetzgebenden Körpers für das militärische Strafge- setz hält täglich lange Sitzungen; am ersten Tage wurden 25, am zweiten 18 Artikel erledigt. — Der Kaiser hat ein Dekret zur Errichtung einer französisch-arabischen Schule in Alger unterzeichnet. — Erst heute zeigt der „Moniteur“ an, daß Marschal Randon sein einziges Lager in Paris sei. — Gestern Abends war im Marschallpalaße der Tuilleries großes Konzert, in dem 1500 bis 2000 Personen geladen waren. — General Baudrey, Kommandant des Tuilleries-Palastes und ehemals Artillerie-Oberst in Straßburg, wo er sich bei dem Aufstande-Verfuchs Louis Napoleon's betheiligte, ist vorgestern unweit Paris an einem Lungenkathe gestorben, wo er sehr zurd- gezoogen lebte. Er litt seit längerer Zeit an tiefer Schwermuth. — Ein Geschößtman wurde heute hier wegen unbefugter Ein- mischung in die Funktionen eines Beschleßaganten zu einer Gei- ßung von 17,000 Fr. verurtheilt. — Der Baron James von Rothschild wird morgen in Paris jurdierwartet. Sein Sohn Alphonse S. von R. reist mit seiner jungen Gemahlin nach Neapel.

Paris, 14. März. In der Börsensteuer-Frage hat der Kaiser schließlich doch auf Durchzucht des Hauptpunktes be- standen; die Spekulation wird härter, als bisher gesehen, herangezogen. Der heutige „Moniteur“ zeigt an, daß die Stempelgebühr, welche seit 1850 die Aktien-einkaufenden mit 1 Cent. von 100 Fr. ihres Aktienkapitals zu zahlen hatten, auf das Dreifache erhöht und dem resten Werthe der Aktien, wel- cher nach einem dreijährigen Durchschnitt ihres Börsenwerthes zu ermitteln, entrichtet werden soll. Für die Nominal-Aktie von 500 Fr., die heute 1000 Fr. nicht wert, waren nur 25 Ct. höher zu zahlen; nach dem neuen Vorschlage würden 1 Fr. 50 Ct., also das Sechsfache, zu zahlen sein. Man sieht, die Maßregel ist härter, als man anfänglich geglaubt; aber in dieser Form erscheint sie eben nur als formalisire Maßregel, die seinen anderen Zweck hat, als dem Staate eine neue Ein- kommenquelle zu eröffnen; die moralische Tendenz, welche man Anfangs im Auge gehabt oder wenigstens vorgesezt haben, näm- lich der Börsen-Agitation einen Dammstau anzulegen, wird nicht in Entfernungen erreicht, da der Papiermarkt unberührt bleibt. Die Aktie von 1000 Fr. wird nur 1/4 Fr. höher bezahlt, wenn sie gekauft ist, oder die Gesellschaft wird 1/4 Fr. weniger erhalten, wenn die Aktie nicht gekauft ist. Das Börsen- geschäft wird hiernächst schwerlich befrüht, da man mit Aktien von 998 oder von 1001 Franken eben so gut als mit Aktien von 1000 Fr. Geschäfte machen oder auch Schwimtel treiben kann. Die Börse hat denn auch die Moniteur-Kote nach einigem Zögern mit einer neuen Pause beantwortet, in Folge deren die Course der Werte so- wohl als der anderen Papiere heute mit sehr geringen Ab- weichungen wieder zu den Courren zurückgekehrt sind, welche sie am letzten Sonnabend im raschen Aufzuge erreicht haben. Die Werte nach vorigen Sonnabend pflichtlich um 1 Fr. in die Höhe gezogen und die anderen Papiere im Verhältniß ge- stellt, weil die Börse damals die Mobiliensteuer aufgegeben glaubte; im Laufe dieser Woche stellte sich wieder eine Pause ein, weil man sich vom Irrigen jener Annahme überzeugt hatte, und die heutige Moniteur-Kote, welche die wochenlangen Befür- dungen vor den Mobiliensteuern verwirkt, treibt die Course wieder in die Höhe. Wir waren nicht zu entscheiden, ob dies eine Folge jener alten Erscheinung ist, daß man die Gewisheit des Uebels leichter als die Furcht vor demselben erträgt, oder ob die Börse eine indirekte Kritik des Staatsraths-Beschlusses hat schreiben wollen. So viel scheint festzustehen, daß man an die radikale Börsen-Reform, welche die beschickte Einführung der Mobilien-Gebrüht verlangt hätte, sich nicht wagte, und es daher vorzog, die gewöhnliche Steuer sich indirekt als Erhebung der alten Stempelgebühr zu verwechseln. Es fragt sich nur, ob diese völlige Abweidung von der ursprünglich im Name ge- wesenen Form und Tendenz der Mobiliensteuer nicht zur Folge haben wird, den ersten Unternehmungsgeld nicht mehr als die Agitation zu treffen, und namentlich ob sie nicht die großen Unternehmungen zum Auswandern treiben wird. Der Staat könnte dann indirekt viel mehr verlieren, als er zu gewinnen glaubt. (Rfin. Zig.)

Großbritannien.

Parlamentarische Verhandlungen vom 12. März. Im Oberhause zeigt Lord Alton (ehemals Gouverneur von Kanada) an kommenden Dienstag eine Erklärung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten an. Lord Derby zeigt seine Abicht an, bei der zweiten Lesung der Einkommensteuerbill (nächsten Montag oder Dienstag) die Umstände, unter denen die Parlamentarischen Verhandlungen stattfanden, nicht, aber zu be- denken. (Hör. Hör.) Lord Ellenborough beantragt die Beilegung einer Anzahl Anträge um zu ermitteln, in wie weit der Supplimen- tar-Bertrag von 1843 von den britischen Behörden in China be- achtet worden ist. Da man es mit den ästhetischen angeseheneren Beschuldigungen so leicht und genau nehme, so es auch von Wichtig- keit sei, es nicht zu lassen, die man von den Chinesen befrüht, erfüllt habe. Es wird am 12. und 14. März des genannten Bertrages, welcher nicht nur die „Opium“-ausfuhr, sondern „unverarbeitete Opium“-man in Gube haben werde, sondern den britischen Konsul in China den gemessenen Auftrag ertheilt, die Opiumoperationen britischer Unterthanen streng zu überwachen, von jedem wirthlichen Einnahmegericht die Geschlossen